

Staat fordert Zeitungszustellung

Berlin. Der Staat steigt in die Förderung der Zeitungszustellung in Deutschland ein. Der Bundestag beschloss am Freitag in Berlin mit den Stimmen der großen Koalition den Haushalt für 2020, in dem auch 40 Millionen Euro für die Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern vorgesehen sind. Das Geld soll eine temporäre Hilfe bei der digitalen Transformation für Abozeitungen und der lokalen Vielfalt von Anzeigenblättern sein - zeitlich begrenzt auf fünf Jahre. Die Ausgaben sind allerdings gesperrt, bis ein Gesamtkonzept zur genauen Förderung vorliegt. Zeitschriftenverleger fordern derweil eine neutrale Zustellförderung aller Pressepublikationen. Eine »selektive Presseförderung« einzuführen wäre eine »falsche und gefährliche Weichenstellung«, teilte das Präsidium des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger auf Anfrage von *dpa* mit. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/367836.staat-fordert-zeitungszustellung.html>